

HÜSKENS KÜNDIGT NEUE HAUSHALT

erschienen am 13. Januar 2013

[Finanzen](#), [GEZ](#), [Hüskens](#)

Die neue GEZ-Gebühr, jetzt Haushaltssymbol, hat von Beginn an Kritik auf sich. Als Reaktion darauf ist der Chefredakteur als "Demokratieabgabe" bezeichnet worden. Zudem hat ein Sturm der Entrüstung ausgelöst. Seitdem hat die Gebühr mittlerweile massive Kritik, Facebook-Seiten mehr als 100.000 Mitglieder und eine Online-Petition ist vieltausendfach unterschrieben worden.

Kein Zweifel, der Gebühren-Einnahmeverlust in Zukunft geringer ausfallen. Die Kosten- und Qualitätsanforderungen an öffentlich-rechtlichen Angebots muss besser werden. Weniger ist mehr. Die Zukunftsbotschaft. Das öffentlich-rechtliche "System" wird sich ändern, 67 Radioprogramme, begleitet von zahlreichen Video- und Audio-Programmen, indirekt mit privaten Angeboten konkurrieren. Wenn man

hier sinnvoll. Es gibt es bei der anstehenden Evaluation, die Ministerpräsidentin, die mit den Handwerkskammern vereinbart hatte, auch eine Chance Umfang und Kosten zu korrigieren, wie die erheblichen Belastungen mancher Betriebe.

Wir brauchen in diesem Bereich Hilfe durch die Rechnungshöfe, dazu auch die Begleitung durch einen Sachverständigen, z.B. einen Ombudsmann, der die Kritik der Bürger bündelt. Dabei geht es nicht um eine unzulässige Einflussnahme, sondern um einen angemessenen Umgang mit Kritik.

Qualität muss die oberste Maxime des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sein, im ureigenen Interesse. Nur Qualität sichert Akzeptanz und damit in der öffentlich-rechtlichen Senderfamilie zu finden - wie ARD, ZDF, ORF, Phoenix oder Arte. Bei ARD und ZDF drängt sich aber zunehmend auf, dass immer mehr Geld für Programmbausteine ausgegeben wird, die in der Konkurrenz zu Kopien des privaten Fernsehens macht und darum kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht gehen.

Hinzu kommt ein schwer zu durchschauendes Konstellation von Aktivitäten, dass indirekt staatlich alimentiert und indirekt subventioniert wird. Dies schadet der Akzeptanz der öffentlich-rechtlichen Sender. Damit wächst der Widerstand der Bürger, den Zwangsbeitrag an den öffentlich-rechtlichen Sender zu zahlen.

"Wir alle akzeptieren, über Steuern und Gebühren herangezogen zu werden. Es ist auch noch erklärbar, wenn man ein Grundangebot an Informationen über gesellschaftliche Zusammenhänge über Themen, für die es keinen Markt gibt, solidarisches Interesse hat. Eine Zwangsabgabe wird aber in einer Demokratie nicht akzeptiert sein, wenn das damit finanzierte Angebot den privaten Medienangeboten ähnlich wird", so Dr. Lydia Hüskens, stv. Fraktionsvorsitzende.